

Spezial-Seminar für den Gemeindlichen Vollzugsdienst und polizeirechtliche Grundlagen

Im allgemeinen Bewusstsein wird der Gemeindliche Vollzugsdienst als „Knöllchenverteiler“, „Hilfspolizisten“ oder in abwertend gemeinter Form als „Politessen“ bezeichnet. Dies führt zu einer fehlenden Akzeptanz der Autorität und resultiert nicht zuletzt aus dem eigenen Fehlverständnis der Ortspolizeibehörden hinsichtlich ihrer Aufgaben, rechtlichen Stellung und Befugnisse.

Dies erschwert die Personalgewinnung für die Ortspolizeibehörden, wirkt sich negativ auf die Moral des eingesetzten Personals aus und beeinträchtigt die Aufgabenerfüllung. Zudem fehlt es häufig an der notwendigen trennscharfen Abgrenzung zwischen Gefahrenabwehrrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht.

Zielstellung

Das Seminar soll helfen, das Selbstverständnis und das **Selbstvertrauen** der Ortspolizeibehörden zu **stärken** und sich somit auch gegenüber dem Polizeivollzugsdienst zu emanzipieren.

Die Teilnehmer/-innen sollen sich darüber hinaus bewusstwerden, dass sie innerhalb ihrer Tätigkeitsausübung als Gemeindliche Vollzugsbedienstete ständig wechselnd in ihrer rechtlichen Eigenschaft als Ortspolizeibehörde, Vollstreckungsbehörde und Verfolgungsbehörde fungieren.

Vor diesem Hintergrund lernen sie die jeweiligen **Ermächtigungsgrundlagen** und **Zuständigkeitsabgrenzungen** kennen. Darüber hinaus sollen sie auch durchaus kontrovers diskutierte Rechtsauffassungen in Bezug auf den Gemeindlichen Vollzugsdienst kennenlernen.

Teilnehmerstruktur

Gemeindliche Vollzugsbedienstete,
Führungskräfte

Dozent

Martin Gabriel
Fachgebietsleiter
Polizeibehörde Stadt Plauen

Seminardaten

Seminarnummer
060.025/26-01

Termin
08.06.2026 bis 09.06.2026
(9:00 bis 16:00 Uhr)

Anmeldeschluss
18.05.2026

Entgelt

Zweckverbandsmitglieder
330,00 €

Nichtmitglieder
353,00 €

Themen

Gefahrenabwehrrecht

- Wesen und Ziele der Gefahrenabwehr
- SächsPBG und SächsPVDG
- Begriffsbestimmungen, Aufgaben und Zuständigkeit der Polizeibehörden
- GVD, Befugnisse, Generalermächtigung, polizeiliche Standardmaßnahmen – Subsidiarität des Polizeivollzugsdienstes bei der Gefahrenabwehr
- Kooperationsgebot PB/PVD – Rechtliche Wirkung einer Polizeiverordnung (Transformation von abstrakten zu konkreten Gefahren)
- Störerbegriffe/Störerauswahl
- Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Wahrnehmung polizeilich Vollzugsaufgaben durch gemeindliche Vollzugsbedienstete
- Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft
- § 35 StVO (Sonderrechte)

Verwaltungsvollstreckung

- SächsVwVG – Anwendungsbereich, Voraussetzungen, Befugnisse
- Unterschied zwischen Ersatzvornahme SächsVwVG und unmittelbarer Ausführung nach SächsPBG

Ordnungswidrigkeitenrecht

- Wesen und Ziele des Ordnungswidrigkeitenrechts
- Unterschiede zum Verwaltungsverfahren/zur Gefahrenabwehr
- Insbesondere §§ 53, 46, 47, 35, 36, 37 OWiG i. V. m. § 163 b StPO
- Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Zuständigkeiten der Großen Kreisstädte

Allgemeines Verwaltungsrecht

- VwVfG – insbesondere §§ 10, 28, 35, 39, 40, 43
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- VwGO – § 80